

FDP/Striedelmeyer/Dreyer Fraktion im Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde

Martin Diekamp
Am Forsthaus 19
49214 Bad Rothenfelde

Günter Striedelmeyer
Am Salzbach 12
49214 Bad Rothenfelde

Dirk Dreyer
Am Forsthaus 2
49214 Bad Rothenfelde

Antrag Wohnungsraumförderung

Gemeinde Bad Rothenfelde	
Eing. 12. März 2019	
AZ:	Bearbeiter Se. / Ro. / Tw. / Prö.

1) Lu. → Konze
am abbe
R. M'z

Sehr geehrter Herr Rehkämper,

Wohnen ist für jeden Menschen ein zentrales Bedürfnis. Gutes Wohnen schafft Lebensqualität und Identität. In Zeiten explodierender Mieten und Grundstückspreise braucht es echte Antworten, damit das Bauen wieder preiswerter wird. Denn nur so entsteht mehr und damit auch bezahlbarer Wohnraum.

2) Se. → h. kel.
R.

Daher sind zielgerichtete Maßnahmen zur Wohnraumschaffung mittels Bereitstellung von Bauflächen sowie der Optimierung von Abläufen und Planungsprozessen in Bad Rothenfelde erforderlich. Darüber hinaus ist es Wunsch der FDP/Striedelmeyer/Dreyer Fraktion, das Bauen in Bad Rothenfelde kostengünstiger zu realisieren, indem Maßnahmen, die andere politische Ziele verfolgen, aber das Bauen unnötig verteuern, untergeordnet werden. In Bebauungsplänen, örtliche Satzungen, internen Verwaltungsrichtlinien oder Verträgen werden umfangreiche Regelungen für den Wohnungsbau getroffen. Viele davon gehen auf Bundes- oder Landesgesetze, andere gehen auf Beschlüsse des Rates zurück. Teilweise führen diese Regelungen zu langen Verfahren, hohem Arbeitsaufwand, aber auch zu höheren Baukosten, die schlussendlich auf die Mieter umgelegt werden.

12.03.19/4

Vor diesem Hintergrund stellt die FDP/Striedelmeyer/Dreyer-Fraktion folgenden Antrag:

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche gemeindeeigenen Flächen für eine kurzfristige und mittelfristige Ausweisung als Bauland geeignet sind.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche weiteren Flächen auf dem Gebiet der Kommune geeignet sind, um als Bauland ausgewiesen zu werden.
3. Um die Umsetzung von Bauvorhaben zu beschleunigen, bekräftigt die Verwaltung das Ziel, dass alle eingereichten Bauanträge innerhalb von einer Woche an den Landkreis Osnabrück zur weiteren Bearbeitung weitergeleitet werden.
4. Um die Prozesse insgesamt zu beschleunigen, wird die Verwaltung beauftragt, Gespräche mit dem Landkreis zu führen, die das Ziel haben, im Zuge der weiteren Digitalisierung der Verwaltung darauf hinzuwirken, ein landkreisweites einheitliches digitales System zur Einreichung von Bauanträgen einzuführen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt zu eruieren, mit welchen Maßnahmen, die in die Zuständigkeit der Kommune fallen, Bauverfahren weiter beschleunigt werden können.
6. Die Ergebnisse sind in der nächsten Sitzung des Bauausschusses vorzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Diekamp



Günter Striedelmeyer



Dirk Dreyer